64. Jahrgang. № 234. Mittwoch, 30. Juni 1920.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer [illegible]
Nur für Nachtgespräche [illegible]

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto [illegible] Leipzig.

Löbeck's Dreiring-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren. Firma gegr. 1838. • 16 mal prämiiert.

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Vororten bei täglich zweimal. Zutragung monatl. [illegible] M., vierteljährlich [illegible] M., durch d. Post bei tägl. zweimal. Zustellung monatl. 6 M., vierteljährl. 18 M. | Anzeigen-Preise. Die 1spalt. 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen und Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spalt. An- u. Verkäufe 25%. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahlg. — Einzelnummer 30 Pf.
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die Vertrauensformel für die Regierung.

Eine Vierfünftelmehrheit?

Berlin, 29. Juni. Ueber die Form, in der der Reichstag seine Zustimmung zu der Kabinettsbildung geben soll, scheint eine Verständigung erzielt zu sein. Es handelt sich um eine Erklärung, in der die Regierung ersucht wird, im Sinne ihrer programmatischen Darlegungen die Geschäfte zu führen. Dieser Entschließung werden voraussichtlich sowohl die Sozialdemokraten als auch die Deutschnationalen zustimmen, so daß die Regierung bei der ersten Abstimmung eine Vierfünftel-Mehrheit erhalten würde.

Reichskanzler Fehrenbach im Reichsrat.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 29. Juni. In der heutigen Sitzung des Reichsrates stellte sich Reichskanzler Fehrenbach dem Reichsrat mit folgenden Worten vor: „Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, den Reichsrat in seiner ersten Plenarsitzung nach Neubildung der Regierung zu begrüßen und mich ihm persönlich vorzustellen. Ich wollte dadurch zu ganz besonderem Ausdruck bringen, welchen Wert ich auf ein Vertrauensverhältnis und ein gemeinsames Arbeiten zwischen Reichsrat und Reichsregierung lege. Die Interessen von Reich und Ländern sind in wesentlichen Punkten dieselben. In den großen schweren Nöten der jetzigen Zeit sind wir aufeinander angewiesen. Wie ich mir im einzelnen das Verhältnis zwischen Reich und Ländern denke, habe ich mir gestattet, gestern in meiner Programmrede zum Ausdruck zu bringen. Ich würde sehr erfreut sein, wenn ich Ihren eigenen Anschauungen in diesen Punkten damit näher gekommen wäre und wenn unsere Anschauungen darüber übereinstimmen würden. Ich würde mich ganz besonders freuen, wenn wir auf dieser gemeinsamen Grundlage bei der praktischen gesetzgeberischen Arbeit die gleichen Wege gehen könnten und wenn die jeweilige Verschiedenartigkeit der Anschauungen ohne Reibung in gemeinschaftlicher Arbeit zwischen Reichsregierung und Reichsrat ausgetragen werden könnte. In diesem Sinne bitte ich um Ihre Unterstützung und um einträchtiges Zusammenarbeiten zwischen Reichsrat und Reichsregierung zum Wohle des Ganzen."

Staatssekretär Göhre sprach namens des Reichsrats dem Reichskanzler den Dank dafür aus, daß er noch seinem Amtsantritt in der öffentlichen Sitzung des Reichsrats erschienen sei und die eben gehörten Worte gesprochen habe. — Nachdem der Reichskanzler sich verabschiedet hatte, übernahm Reichsjustizminister Dr. Heinze die Leitung der Verhandlungen. Zugestimmt wurde einer Abänderung des Weingesetzes, die sich auf die Belieferung der Winzer mit Zucker bezieht und die Schwierigkeiten wegen der Zuckerknappheit für die Weinbauern mildern will. Der Gesetzentwurf über die Entschädigung der Mitglieder des Reichstags wurde angenommen. Die monatliche Entschädigung ist auf 1500 Mk. bemessen. Außerdem wird eine zusätzliche Entschädigung gewährt für Mitglieder, die während der Zeit der Unterbrechung der Plenarsitzungen an Ausschußsitzungen teilnehmen, im Betrage von 50 Mk. (bisher nur 20 Mk.). Wie Geheimrat Eckardt vom Auswärtigen Amt mitteilte, wird dem Reichstag noch ein Gesetzentwurf zum Schutze des gewerblichen Eigentums zugehen. Der Vertrag soll am Mittwoch in Bern unterzeichnet werden. Es handelt sich um eine für Deutschland vorteilhafte Abänderung der Pariser Urheberrechtskonvention von 1883. Die Ratifikationsfrist ist auf drei Monate festgesetzt. Damit der Reichstag vor seinem Auseinandergehen diese wichtige Vorlage noch erledigen kann, wird der Reichstag am Donnerstag noch eine Sitzung abhalten.

Beschlüsse der Kabinettssitzung.

Berlin, 29. Juni. Das Kabinett befaßte sich in seiner heutigen Sitzung in der Hauptsache mit der weiteren vorläufigen Regelung des Reichshaushalts für 1920. Es konnte sich den Gründen, die das frühere Kabinett zu seiner Zustimmung veranlaßt hatte, nicht verschließen und stimmte daher dem Entwurfe zu. Im übrigen wurde beschlossen, die Frage der Vereinfachung der Reichsbehörden und der Neuabgrenzung ihrer Zuständigkeit unverzüglich in Angriff zu nehmen. (W. T. B.)

Ernennung Dr. Brauns zum Reichsarbeitsminister

Berlin, 29. Juni. Der Reichspräsident hat, wie jetzt amtlich bestätigt wird, auf den Vorschlag des Reichskanzlers das Mitglied des Reichstages Dr. Brauns zum Arbeitsminister ernannt. (W. T. B.)

Der neue Pressechef der Reichsregierung.

Berlin, 29. Juni. Zum Pressechef der Reichsregierung soll an Stelle Rauschers Geh. Rat Heilbronn ernannt werden. Der stellvertretende Pressechef bei der Reichsregierung Robert Breuer hat um Urlaub nachgesucht und ihn erhalten. Er wird auf seinen Posten nicht mehr zurückkehren.

Frankreich zum Regierungsprogramm.

Paris, 29. Juni. Zu den Erklärungen des Reichskanzlers Fehrenbach sagt der „Figaro": Dieser Staatsmann ist zu klug, um zu leugnen, daß Deutschland den Friedensvertrag von Versailles ausführen muß. Aber er teilt uns mit, daß es schon mehr getan hat, als man von ihm erwarten durfte. Ganz wie zufällig verkündet er, daß auch Oesterreich sich mit Deutschland vereinigen müsse. Kurz gesagt, er betont von Anfang bis Ende die Umstoßung des Versailler Vertrages. Gut; aber dann müssen wir auch nach Frankfurt zurückkehren und das Ruhrgebiet besetzen, dann können wir von Revision und Herzlichkeit sprechen. (W. T. B.)

Die Wahl des Reichspräsidenten.

Wir hatten bereits kürzlich mitgeteilt, daß der Reichspräsident bald nach den Reichstagswahlen die Vornahme der Wahl des Reichspräsidenten vorschlagen werde. Nachdem nunmehr eine entsprechende Mitteilung an den Reichstag ergangen ist, wird die baldige Festsetzung des Termins erfolgen. Da es hierzu größerer technischer Vorbereitungen nicht bedarf, da die Reichstagswahllisten für diese Wahl noch als gültig anzusehen sind, so ist mit der Vornahme der Wahl für Ende Juli eventl. in der zweiten Hälfte des August zu rechnen. Innerhalb der Fraktionen besteht über den Zeitpunkt noch keine Klärung; es wird nur geltend gemacht, daß eine Hinausschiebung der Wahl bis nach den großen Schulferien notwendig ist, da erfahrungsgemäß die Abwesenheit vieler Wähler und Wählerinnen vom Wohnsitze die Wahl erschweren würde, trotz der Zulässigkeit der Wahlstimmenabgabe am Aufenthaltsorte. Weiter wirkt auch der Umstand mit, daß die Kandidatenaufstellung für die Reichspräsidentenwahl noch zu keinen bestimmten Ergebnissen geführt hat. Auch die Frage ist noch in der Schwebe, ob der gegenwärtige Reichspräsident Ebert für die Neuwahl kandidieren wird. Eine bestimmte Erklärung hierüber liegt nicht vor. Die mehrheitssozialdemokratische Partei wird zunächst Stellung zu nehmen haben. Auf keinen Fall ist mit einem Zusammengehen der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen zu rechnen. Verabredungen unter den bürgerlichen Parteien haben bisher nicht stattgefunden. Neuerdings wird auf den Staatsminister Grafen von Posadowsky als einer bis weit nach links hin geschätzten Persönlichkeit für das Amt als Reichspräsident hingewiesen. Jedenfalls dürfte die Frage der Reichspräsidentenwahl das politische Interesse der nächsten Wochen völlig beherrschen und auch für die Zukunft der Parteien nicht ohne Einfluß sein.

Reibungen im Angelsachsentum.

In England fängt man an, nervös zu werden, weil die Tücke des Schicksals, mit der die britische Diplomatie bei aller ausgepichten Geriebenheit nicht gerechnet hat, es verhindert, daß das Britentum sich der Siegesfrüchte des Weltkrieges ungestört und in behaglichem Genusse erfreuen kann. Wie kolossal allein der von England aus dem Kriege gezogene Landgewinn ist, zeigt eine Zusammenstellung in den „Süddeutschen Monatsheften", die einen Gesamtzuwachs von 1 607 200 Quadratmeilen mit 27 340 000 Einwohnern berechnet. Dazu kommen dann noch die im einzelnen nicht abschätzbaren ungeheuren wirtschaftlichen Vorteile, die der britische Handel durch die langfristige Ausschaltung des deutschen Wettbewerbs erzielt. Um aber alle diese Errungenschaften voll auskosten zu können, braucht England Ruhe und Frieden in der Welt, und diese beiden unerläßlichen Voraussetzungen eines blühenden Handels wollen sich noch immer nicht in dem gewünschten Umfange einstellen. Es gärt überall, trotz Versailles oder vielleicht richtiger gerade wegen des Versailler Vertrages, weil dieser in so arg verblendeter Weise die nationalen Empfindungen der besiegten Völker mißachtet und ihnen Unmögliches zugemutet hat. Der ganze nahe und ferne Osten ist in Aufruhr geraten, sogar der Lebensnerv Englands, Indien, ist bedroht, und in Irland wird die Lage von Tag zu Tag bedenklicher. In all dieser Not und Sorge richten sich die Hoffnungen der Engländer wiederum, wie im Kriege, auf den großen und mächtigen „Bruder Jonathan" jenseits des Ozeans, der in der letzten Zeit den britischen Freunden ziemlich ostentativ die kalte Schulter gezeigt hat. Die Amerikaner sind stark verschnupft, weil England, das doch nur mit ihrer Hilfe heil aus dem Kriege hervorgegangen ist, jetzt das ganze Fett von der Suppe abschöpft und überdies der Sternenbanner-Republik noch zumutet, im Völkerbunde bloß mit einer Stimme vertreten zu sein, während Großbritannien für sich mit seinen Dominions zusammen sieben Stimmen in Anspruch nimmt. Dieses Mißverhältnis und die darauf begründete Furcht, von dem englischen Einfluß überflügelt zu werden, sind auch der eigentliche Grund, weshalb die Amerikaner sich so hartnäckig gegen die Teilnahme am Völkerbund sträuben. Die Verstimmung gegen England hat in der amerikanischen Presse sehr derbe Formen angenommen und kommt auch in dem Bestreben, die Flotte der Union in raschem Tempo beträchtlich zu vermehren, zum Ausdruck. Auch auf dem Gebiete der Seeschiffahrt ist der Konkurrenzkampf zwischen den beiden Mächten mit aller Schärfe entbrannt und Amerika sucht nun endlich mit Energie nachzuholen, was es bisher in dieser Hinsicht versäumt hat, und sich eine eigene leistungsfähige Handelsflotte zu schaffen.

Diese selbständige Regsamkeit der Amerikaner ist den Londoner Machthabern heftig auf die Nerven gefallen und sie sehnen sich sehr nach den Fleischtöpfen Aegyptens zurück, nach der Zeit, wo sie sorglos in den Tag hinein leben konnten, weil die von ihnen erfundene und von der Union angenommene Formel der „angelsächsischen Solidarität" ihnen eine vollkommene Gewähr für die dauernde britische Weltherrschaft zu bieten schien. Die „angelsächsische Solidarität" ist noch gar nicht so alten Datums, da sie erst etwa ein Jahrzehnt vor dem Kriege als Sonderschöpfung der englischen Diplomatie das Licht der Welt erblickt hat. Bis dahin waren Engländer und Amerikaner sich spinnefeind und in der hohen Politik kam es wiederholt zu Zusammenstößen, die sich sehr kritisch anließen. Die geschichtlichen Erinnerungen des Unabhängigkeitskrieges am Ende des 18. Jahrhunderts, in dem die Republik Washingtons begründet wurde, des zweiten Krieges gegen England 1812 und des Bürgerkrieges 1860/64, in dem England in feindseligster Weise gegen die Nordstaaten Stellung nahm und die südlichen Sklavenstaaten mit aller Macht unterstützte, beherrschten früher die politische Denkweise der Amerikaner ganz und nahmen auch im geschichtlichen Schulunterricht den ersten Platz ein. Dieser Zustand aber wurde für England in ebendem Maße gefährlicher, je näher der Weltkrieg rückte, und da tat die Londoner Diplomatie, großzügig, umsichtig und gewandt, wie sie nun einmal ist, einen entschlossenen Schritt, indem sie sich die völlige Aussöhnung mit Amerika zum Ziel setzte, um sich dessen Hilfe im Weltkriege rechtzeitig zu sichern. So erfuhr die ziemlich überraschte politische Welt eines Tages durch die englische Presse, daß es keinerlei Gegensätze zwischen England und Amerika mehr gäbe, sondern daß eine „angelsächsische Solidarität", eine Interessengemeinschaft der gesamten englisch redenden Welt bestände, die zu einem engen Zusammenschluß zwischen den beiden angelsächsischen Großmächten führen müsse. Den Amerikanern wollte diese neue Lehre zuerst keineswegs einleuchten. Mit Hilfe der beiderseitigen Hochfinanz wurde aber eine so geschickte und erfolgreiche Werbearbeit für die Idee in der amerikanischen Presse betrieben, daß in sehr kurzer Zeit die Anglisierung der amerikanischen öffentlichen Meinung vollendete Tatsache war. Unmittelbar vor dem Kriege wurde diese neuentdeckte „angelsächsische Solidarität" dadurch besiegelt, daß unter dem amerikanischen Staatssekretär Bryan ein englisch-amerikanischer Schiedsvertrag zustande kam, der einen Krieg zwischen beiden Mächten grundsätzlich ausschloß, da er die besondere Klausel eingefügt erhielt, daß auch Fragen der nationalen Ehre und der nationalen Lebensinteressen von einer gewaltsamen Austragung ausgeschlossen und der schiedsgerichtlichen Entscheidung unterworfen sein sollten. Dann kam der Weltkrieg, und die Union trat mit ihrer gesamten bewaffneten Macht

Die deutschen Vorbereitungen für Spa.

Berlin, 29. Juni. An den Besprechungen in Spa werden außer dem Reichskanzler, dem Reichsminister des Aeußeren und dem Reichsfinanzminister auch jene Finanz-Sachverständigen teilnehmen, die bisher die finanziellen Verhandlungen mit der Entente geführt haben. Ob auch Reichswehrminister Dr. Geßler nach Spa fährt, ist, der „Voss. Ztg." zufolge, ungewiß. Die Abreise der deutschen Vertreter erfolgt am 3. Juli abends. Heute fand eine Kabinettssitzung statt, deren Verhandlungsgegenstand ausschließlich Spa war.

Die internationale Finanzkonferenz in Brüssel.

Paris, 29. Juni. Der Völkerbundsrat hat den Zusammentritt der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel auf den 23. Juli festgesetzt. In dem Schreiben an den Ministerpräsidenten sagt Bourgeois, daß die Einladung Deutschlands zur Konferenz nötig sei, die Form der Einladung aber erst nach der Konferenz von Spa festgesetzt werden könnte. (W. T. B.)

Die Abschätzung der Schadenersatzsumme.

London, 29. Juni. Der deutsche Ausschuß zur Feststellung der von Deutschland an Frankreich zu leistenden Schadenersatzsumme hat diese auf 300 Millionen Pfund Sterling abgeschätzt, während die französische Schätzung auf 6 Milliarden Pfund Sterling, also etwa das 17fache der deutschen Schätzung erreicht.

Ausgleich zwischen englischen und deutschen Firmen.

Amsterdam, 29. Juni. „Times" zufolge hat der Kontrolleur des englischen Clearingamtes gestattet, daß zwischen englischen und deutschen Firmen ein unmittelbarer Ausgleich wegen der Vorkriegsschulden stattfinden darf. Alle Vorschläge für die Bezahlung oder den Ausgleich der Vorkriegsschuld dürfen indessen nur durch Vermittlung des Clearingamtes erfolgen. (W. T. B.)

Die Engländer in Konstantinopel.

Paris, 29. Juni. Wie Havas aus Konstantinopel meldet, haben die Engländer Mudania, den Hafen von Brussa und das Postamt in Stambul besetzt. Kemal-Pascha hat einen Appell an die Mohammedaner erlassen, um religiösen Haß hervorzurufen.

Paris, 29. Juni. Nach dem „Exchange Telegraph" haben die Alliierten die Zerstörung der Dardanellen-Forts beendet. (W. T. B.)

Ein serbisch-bulgarisches Bündnis gegen Griechenland?

London, 29. Juni. „Manchester Guardian" meldet unter Bezugnahme auf einen Moskauer Funkspruch, daß Serbien und Bulgarien ein geheimes Bündnis gegen Griechenland abgeschlossen haben.

Der britische Botschafter in Berlin.

London, 29. Juni. Bonar Law teilte im Unterhause die Ernennung Lord d'Abernons zum britischen Botschafter in Berlin mit. — Reuter erfährt, Lord Abernons werde London in kürzester Zeit verlassen, um seinen Botschafterposten in Berlin aufzunehmen. Seine Ernennung habe nur einen zeitweiligen Charakter und stehe besonders im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Problemen, die eine hervorragende Rolle in Deutschlands internationaler Lage spielen würden.

Der Nuntius in Berlin.

Berlin, 29. Juni. Der päpstliche Nuntius Monsignore Pacelli ist heute vormittag hier eingetroffen. In seiner Begleitung befinden sich der Graf Preysing und der Benediktiner Pater Wilbert. Monsignore Pacelli begab sich nach der St. Hedwig-Kirche, wo er zum heutigen Peter und Paul-Tage die Messe las. Graf Preysing stattete im Laufe des Vormittags dem Minister des Aeußeren Simons seinen Besuch ab. (W. T. B.)